

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Stenographischer Dienst und Ausschußdienst

N i e d e r s c h r i f t

Europaausschuß

34. Sitzung

am Mittwoch, dem 17. Februar 1999, 10:00 Uhr
in der Elly-Heuss-Knapp-Schule, Neumünster

Anwesende Abgeordnete

Ulrike Rodust (SPD)

Vorsitzende

Dr. Gabriele Kötschau (SPD)

Helmut Plüschau (SPD)

in Vertretung der Abg. Küstner

Bernd Saxe (SPD)

Jürgen Weber (SPD)

Claus Ehlers (CDU)

Torsten Geerds (CDU)

Thorsten Geißler (CDU)

Peter Lehnert (CDU)

Detlef Matthiessen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Fehlende Abgeordnete

Dr. Ekkehard Klug (F.D.P.)

Weitere Anwesende

siehe Anlage

Tagesordnung:	Seite
1. Besuch der Elly-Heuss-Knapp-Schule	4
a) Die Idee der Europaschularbeit in Schleswig-Holstein MR Dieter Lubeseder	
b) Vorstellung der Europaaktivitäten der Elly-Heuss-Knapp-Schule OStDir. Ulrich Wiethaup	
c) Vorstellung der Europaklasse für Erzieher und Erzieherinnen Stud.Dir. Wolfgang Rüter	
d) Erfahrungen im Auslandspraktikum Frau Dagmar Vogel, Herr Gerald Russinger	
2. Agenda 2000 - Legislativvorschläge der EU-Kommission zur Strukturhilfe	8
Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 14/1647	
Änderungsantrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 14/1652	
Änderungsantrag der Fraktion der F.D.P. Drucksache 14/1710	
hierzu: Umdrucke	14/2626, 14/2630 bis 14/2636, 14/2642 bis 14/2645, 14/2647, 14/2648, 14/2656, 14/2666 bis 14/2670, 14/2672, 14/2709, 14/2719, 14/2770, 14/2781, 14/2809, 14/2811, 14/2890, 14/2968
3. Verschiedenes	10

Die Vorsitzende, Abg. Ulrike Rodust, eröffnet die Sitzung um 10:05 Uhr und stellt die Beschlußfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Besuch der Elly-Heuss-Knapp-Schule

a) Die Idee der Europaschularbeit in Schleswig-Holstein

MR Dieter Lubeseder leitet seinen Bericht mit der Information ein, daß unter den zwölf Europaschulen eine Grund- und Hauptschule nämlich die Schule Altstadt in Redsburg sei. Diese liege fast in einer Art „Gettobereich“, und werde von sehr vielen ausländischen Schülern besucht. Die interkulturelle Arbeit funktioniere dort sehr gut. Darüber hinaus befänden sich unter diesen Europaschulen eine berufsbildende Schule, zwei Realschulen und eine Gesamtschule. Der Rest seien Gymnasien. Daß die Gymnasien überwögen, hänge einfach mit dem stärkeren Interesse der Gymnasiasten am Europagedanken zusammen. Die Arbeit der Europaschulen habe sich gut entwickelt und es gelte nun, die angefangenen Konzepte weiter zu entwickeln und ihnen eine gewisse Reife zu geben. (siehe Anlage 2)

Junge Menschen europafähig zu machen, so fährt MR Lubeseder fort, sei zwar die Idee fast jeder Schule, aber europäischer Unterricht an der Schule sei ein langer Weg; denn nach wie vor gehe ein Drittel der Lehrkräfte im Rahmen der Lehrpläne noch am Europathema allzu gern vorbei. Die Idee der Europaschule sei, einen Kern von Schulen zu schaffen, wo junge Menschen mit einer gewissen Europakompetenz herangezogen würden. All diesen jungen Menschen an diesen Schulen müsse bewußt gemacht werden, in welcher Weise man in Europa zusammenarbeiten wolle, welche kulturellen Wurzeln man habe, welche prägenden geschichtlichen Kräfte Europa gestaltet hätten, und welchen Weg man seit 1945/46 als friedensbewahrende und erhaltende Kraft bis heute aufgrund der Europaarbeit gegangen sei. Darüber hinaus gelte es exemplarisch zu verdeutlichen, zumindest bei den weiterführenden Schulen, wie der europäische Interessenausgleich funktioniere und wie die Institutionen zusammenarbeiteten, um Lösungen zustande zu bekommen und ein gemeinsames Handeln zu ermöglichen.

Im affektiven Bereich bedeute es, möglichst viele europäische Erfahrungen zu sammeln, die Schulen offen zu machen und möglichst viele grenzüberschreitende Aktionen zu veranstalten, um Verständnis vorurteilsfrei füreinander zu schaffen und sich später politisch europaweit engagieren zu können.

Für all diese Ziele - so fährt MR Lubeseder fort -, gebe es bereits eine Reihe von Vorstellungen, die aber noch ihrer vollständigen Konkretisierung und Umsetzung bedürften. Er verweist im weiteren auch auf die Möglichkeiten der Nutzung von Europaprogrammen wie Comenius und Leonardo da Vinci und betont abschließend, daß die bisherige Europaarbeit weitgehend ohne Landesmittel gestaltet werde. Zur Verteilung an die zwölf Europaschulen stünden zur Zeit lediglich 4.000 DM zur Verfügung.

b) Vorstellung der Europaaktivitäten der Elly-Heuss-Knapp-Schule

Anhand von Folien zeigt Oberstudiendirektor Ulrich Wiethaup die einzelnen Schulen auf, mit denen Schulpartnerschaften gepflegt werden. Neben den durch die Städtepartnerschaft Neunmünsters vermittelten Kontakten zu Köslin in Polen sei dies die Partnerschaft mit einem College in Nordwest Kent. Darüber hinaus habe man seit 1996 sogenannte Euro-Pro-Konferenzen, an denen auch Schulen in Belgien, Frankreich und Italien beteiligt seien. Im übrigen unterhalte man Kontakte zu sozialpädagogischen Einrichtungen in Tschechien.

Neben den Lehrerbegegnungen und dem Schüleraustausch arbeite man auch mit Fremdsprachenassistenten zusammen; des weiteren würden zum Beispiel mit Köslin Themen bearbeitet wie: Wie sehen wir unsere Heimat?; dazu hätten die Schüler eine Ausstellung gestaltet. Ein anderes Thema sei gewesen „Sitten und Gebräuche in bezug auf das Feste-feiern“; das Ergebnis hieraus sei eine kleine bilinguale Schülerzeitung gewesen. Auch mit den anderen Schulen würden entsprechende Projekte angegangen.

Eine weitere europabezogene Besonderheit der Elly-Heuss-Knapp-Schule sei der Fremdsprachenunterricht beziehungsweise der bilinguale Unterricht. Die EHK-Schule biete fünf Fremdsprachen an: dänisch, italienisch, spanisch, englisch und französisch. Der bilinguale Unterricht werde durch die eigenen Lehrkräfte in einer Art arbeitssprachlich aufgebauten Unterricht erteilt. Man hoffe, diesen Unterricht in Zukunft noch weiter ausbauen zu können. Zur Zeit geschehe er auf freiwilliger Basis durch die Lehrer.

In der Europaklasse für Erzieher und Erzieherinnen seien als Besonderheit zu nennen das Sprachangebot sowie das Auslandspraktikum, das als Pflichtpraktikum durchgeführt werde.

Als Ausblick bleibe festzuhalten, daß eine Verstärkung aller geschilderten Aktivitäten erfolgen müsse, mit Schwerpunkt auf dem Austausch von Lehrern und Auszubildenden, wenn man die jungen Menschen in ihrer Persönlichkeit stärken und sie europafähig machen wolle.

c) Vorstellung der Europaklasse für Erzieher und Erzieherinnen

Studiendirektor Wolfgang Rüter stellt seine Arbeit mit der Europaklasse für Erzieherinnen und Erzieher ebenfalls anhand von Folien vor. Innerhalb der Erzieherfachschule sei von den vier Klassen eine Klasse als Europaklasse ausgewiesen mit zwei Jahrgängen. Ideenschwerpunkt sei, die Erzieher als künftige Multiplikatoren wirken zu lassen, wenn Europa in den nächsten Jahren vor seinem großen Wendepunkt stehe. Außerdem bekämen sie eine Orientierung dahin, ihren Arbeitsplatz auch außerhalb Deutschlands irgendwo anders in Europa zu suchen. So unterschiedlich die Erzieherausbildung in der Bundesrepublik auch sei, Schleswig-Holstein liege auf dem europäischen Level. Das sei im Europavergleich von großer Bedeutung, weil die Ausbildung in Zukunft unter dem Europablickwinkel der Anerkennung gesehen werden müsse. Die Schüler der Europaklasse hätten zwei Pflichtpraktika im Ausland durchzuführen. Fünf Sprachen stünden zur Auswahl; allerdings würden diese jeweils nur zwei Wochenstunden angeboten. Das bedeute, daß die Schüler sich noch nebenbei mit der Sprache beschäftigen müssen, um sich in Europa behaupten zu können.

Im weiteren zeigt Herr Rüter anhand von Schautafeln die Verteilung der Schüler auf die Auslandspraktika auf und legt dar, daß inzwischen in der Europaklasse für Erzieher auch viele ausländische Schüler seien. Bemerkenswert sei der hohe Prozentsatz von Abiturienten. Während in einer Normalklasse rund 33 % Abiturienten seien, seien es bei der Europaklasse immerhin 60 %. 15 % hätten die Fachhochschulreife und 25 % den Realschulabschluß mit Beruf.

Als Problem zeigt Studiendirektor Rüter sodann den „europäischen Verwaltungsdschungel“ auf, wie er es nennt, sowie die Finanzierungsmodalitäten und die Schwierigkeiten, die die unterschiedlichen Zugangssysteme zu den europäischen Hochschulen und Universitäten mit sich brächten. Als weitere Schwierigkeiten nennt er die Unterbringungsmöglichkeiten der Schüler bei ihrem Praktikantenaufenthalt im Ausland sowie die Lehrerbetreuung während dieses Praktikums. Bisher zahlten sowohl die Schüler ihr Praktikum selbst, als auch die Lehrer ihre Betreuungsaktivitäten vor Ort.

d) Erfahrungen im Auslandspraktikum

Frau Dagmar Vogel und Herr Gerald Russinger bestätigen die von Studiendirektor Rüter geschilderten Schwierigkeiten und unterstreichen insbesondere die sprachliche Seite sowie die finanziellen Probleme. Beide sind sich einig, daß das Sprachangebot an den Schulen erhöht und alle Fördermöglichkeiten bestmöglich ausgeschöpft werden müßten. Im übrigen müsse nach ihrer Meinung ein einheitliches Lehrangebot in Erziehungswissenschaften europaweit angestrebt werden.

Als Fazit einer längeren Aussprache bleibt die Feststellung, daß mehr Sprachunterricht notwendig ist. Die Vorsitzende gibt zu bedenken, daß dies auch Thema für den Bildungsausschuß sein sollte und müßte. Sie bittet die Ausschußmitglieder, dieses Anliegen an den Bildungsausschuß weiterzugeben.

Punkt 2 der Tagesordnung:

Agenda 2000 - Legislativvorschläge der EU-Kommission zur Strukturhilfe

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 14/1647

Änderungsantrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/1652

Änderungsantrag der Fraktion der F.D.P.
Drucksache 14/1710

(überwiesen am 8. Oktober 1998 an den **Europaausschuß** und den Wirtschaftsausschuß)

(Beschlußfassung)

hierzu: Umdrucke 14/2626, 14/2630 bis 14/2636, 14/2642 bis 14/2645,
14/2647, 14/2648, 14/2656, 14/2666 bis 14/2670,
14/2672, 14/2709, 14/2719, 14/2770, 14/2781, 14/2809,
14/2811, 14/2890, 14/2968

Die Vorsitzende teilt mit, daß sie in langen telefonischen Verhandlungen mit den europapolitischen Sprechern der anderen Fraktionen versucht habe, einen interfraktionellen Antrag zu erarbeiten. Letzten Endes hat sich die F.D.P. aber nicht bereit erklärt, einen vorgelegten Entwurf mitzutragen, so daß nun über die drei vorliegenden Anträge zu entscheiden sei.

Abg. Peter Lehnert betont, daß auch seine Fraktion diesen Entwurf in der vorgelegten Form nicht mittragen könne, daß man aber durchaus bereit sei, nach neuen Formulierungen zu suchen. Es werde deshalb in wenigen Minuten per Fax ein neuer Antrag von der CDU auf den Tisch gelegt werden können, der weitgehend auf dem F.D.P.-Antrag mit einigen kleinen Änderungen basiere (Umdruck 14/3052).

Den alten Antrag beabsichtige die CDU zurückzuziehen. Damit wolle man deutlich machen, daß auch die CDU sich um der gemeinsamen Sache willen bewege. Der neue Antrag solle ein Signal für diese Bewegung sein, auch dann, wenn es möglicherweise zu keinem gemeinsamen Antrag kommen werde.

Die Vorsitzende kommt erneut auf ihre Bemühungen für die Mehrheitsfraktion zu sprechen und stellt fest, daß Bewegung nur dann stattfinden könne, wenn man die neuen Vorschläge auf

den Tisch bekomme. Jetzt sehr schnell über einen neu vorgelegten Antrag entscheiden zu sollen, halte sie nicht für praktikabel.

Abg. Detlef Matthiessen bittet um Abstimmung über die drei vorliegenden Anträge. Denn auch er sehe sich außerstande, in der laufenden Sitzung über eine neue Vorlage abzustimmen. Allerdings könne er sich zu einer weiteren Sitzung während der Plenartagung bereitfinden, wenn die Tendenz zu einer gemeinsamen Beschlußlage wirklich erkennbar werde.

Abg. Bernd Saxe sieht mit dem kommenden Wahlkampf immer höhere Hürden, zu gemeinsamen Anträgen zu kommen, greift jedoch den Gedanken von Abg. Matthiessen auf, in der Mittagspause des Plenums weiter zu verhandeln.

Abg. Thorsten Geißler unterstützt diese Überlegungen nach einer weiteren Sitzung.

Abg. Detlef Matthiessen bleibt jedoch dabei, über die drei vorliegenden Anträge abstimmen zu wollen, weil im Zuge der bevorstehenden Entscheidung über die Agenda 2000 eine baldige Abstimmung notwendig sei. Im übrigen könne nach seiner Meinung jederzeit ein neuer gemeinsamer Antrag eingebracht werden.

Abg. Dr. Gabriele Kötschau bestätigt, daß ein interfraktioneller Antrag jederzeit erarbeitet werden und eingereicht werden könne.

Die Vorsitzende stellt Einigkeit über eine weitere Sitzung am Mittwoch, dem 24. Februar, in der Mittagspause des Plenums fest und stellt die drei Anträge zur Abstimmung.

Mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU bei Abwesenheit des Vertreters der F.D.P. wird der CDU-Antrag, Drucksache 14/1647, abgelehnt. Mit dem gleichen Stimmenverhältnis wird der Änderungsantrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucksache 14/1652, angenommen. Der Änderungsantrag der Fraktion der F.D.P., Drucksache 14/1710, wird einstimmig abgelehnt.

Punkt 3 der Tagesordnung:

Verschiedenes

Folgende Themen werden angesprochen:

1. Geplante Reise ins Baltikum

Die Vorsitzende teilt mit, daß nach dem Abgeordnetengesetz nur eine Delegation die Reise genehmigt bekomme, und zwar auch nur dann, wenn ein Anlaß gegeben sei. LP habe in einem entsprechenden Gespräch darauf hingewiesen, daß von den 170.000 DM, die für die Reisen ausgewiesen seien, 120.000 DM für Reisen des Ältestenrats und für interfraktionelle Reisen vorgesehen seien. Deshalb hätten die Ausschußmitglieder nur die Möglichkeit, auf der sogenannten Arbeitsebene tätig zu werden. Da am 28.10. in Kaunas die BSSC-Konferenz stattfindet, schlägt er vor, daß der Europaausschuß sich an dieser Konferenz mit einer Delegation beteiligen solle. Es müsse deshalb nun entschieden werden, ob diese Reise wie geplant stattfinden solle und wer an ihr teilnehmen wolle. Ein Entwurf sei von Frau Schmidt Holländer erarbeitet worden.

Abg. Jürgen Weber bittet, die Entscheidung über die Reise ins Baltikum auf die Sitzung, am Mittwoch, den 24. Februar 1999, zu verlegen, da man zunächst erst einmal das Programm näher studieren sollte.

Abg. Thorsten Geißler spricht die Bitte aus, einen Vorstoß in Richtung LP zu unternehmen, den ganzen Ausschuß reisen zu lassen.

Der Ausschuß einigt sich darauf, die Abstimmung am Mittwoch vorzunehmen.

2. Weitere Sitzungsthemen:

a) zu einem späteren Zeitpunkt soll von der I-Bank über die neue Organisationseinheit EU-Förderung/europäisches Eurozentrum berichtet werden (siehe Pressemitteilung der I-Bank vom 9.2.1999)

b) Im Herbst soll unter anderem über die europäische Verfassung berichtet werden.

- c) In der Mai-Sitzung soll über das Forum Kulturelle Vielfalt der Minderheiten berichtet werden.
- d) In der Mittwoch-Sitzung soll eine Benennung von Delegationsmitgliedern zum Abendessen mit den Teilnehmern des kommunalpolitischen Seminars für Bürgermeister und Landräte aus Litauen am Montag, dem 8. März 1999 um 18:00 Uhr in der Europäischen Akademie in Leck erfolgen.
3. Die Themenbenennung für das Gespräch mit Gästen aus dem Pays de la Loire am 3. März 1999 zwischen 9:00 und 12:00 Uhr soll ebenfalls in der Sitzung am Mittwoch erfolgen.

Die Vorsitzende, Abg. Rodust, schließt die Sitzung um 12:20 Uhr.

gez. Ulrike Rodust

Vorsitzende

gez. Dr. Ursula Haaß

Geschäfts- und Protokollführerin